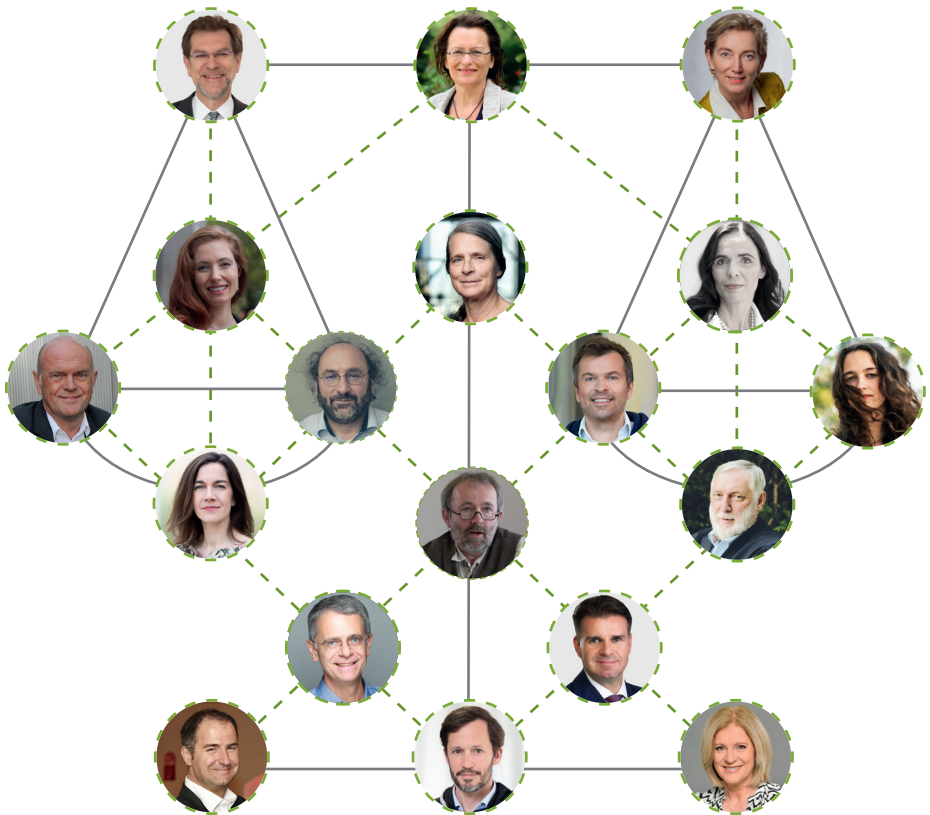


NACHHALTIGKEIT: MACHT UND OHNMACHT





***NACHHALTIGKEIT:
MACHT UND OHNMACHT***

„Wir tragen als
Vordenker und
Unternehmen mit
Verantwortung
maßgeblich zu
Klimaschutz und
Lebensqualität
in Österreich bei.“

CSR-Strategie der VBV-Gruppe



Inhalt



EDITORIAL DER HERAUSGEBER

Andreas Zakostelsky, VBV-Gruppe	9
Gabriele Faber-Wiener, Center for Responsible Management	13

GESPRÄCHE

Die Rolle der Medien – Instrument oder vierte Gewalt?	16
Die Rolle der NGOs – Gegner oder Partner	30
Die Rolle der Wissenschaft – Treiber oder Getriebene?	42

VBV-Podcast: VorDenken: Nachhaltige Ansätze für morgen	56
Impressum	61



**KR Mag. Andreas
Zakostelsky**

Generaldirektor VBV-Gruppe,
Vorstandsvorsitzender
VBV-Vorsorgekasse

Nachhaltigkeit ist unsere Gegenwart und Zukunft

Am Tag unserer ersten Online-Diskussion dieser bereits fünften Staffel von „VBV im Diskurs“ begann in den frühen Morgenstunden der Krieg in der Ukraine. Niemand von uns hatte damit gerechnet, alle von uns waren und sind bis heute betroffen darüber.

Friede: die Basis für eine nachhaltige Entwicklung

Manche fragen sich nun vielleicht: Warum wird dann über Nachhaltigkeit diskutiert, während in einem unserer Nachbarländer Krieg herrscht? Gäbe es da nicht dringlichere Themen? Ich bin der tiefsten Überzeugung, dass man gerade jetzt weiterhin massiv über das Thema Nachhaltigkeit reden und dazu aktiv werden muss. Nachhaltiges Leben und Handeln ist für mich der Gegen-Entwurf zu Krieg und Gewalt. Nicht ohne Grund wollte UN-Generalsekretär António Guterres bei den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) Frieden an den Anfang stellen. Dass es schlussendlich dann SDG Nummer 16 wurde, liegt wohl an diversen diplomatischen Hintergründen.

*„ Nachhaltiges
Leben und Handeln
ist für mich der
Gegen-Entwurf
zu Krieg
und Gewalt. “*

Frieden ist die Basis für eine nachhaltige Entwicklung – und nachhaltiges Denken und Handeln muss dazu beitragen, den Frieden zu sichern. Nur ein Beispiel: Wenn wir nicht jetzt gegen den Klimawandel aktiv werden und endlich entsprechende Maßnahmen setzen, werden die kommenden Jahrzehnte noch viel mehr Konflikte heraufbeschwören. Dann wird es aber nicht um die Großmannsucht eines alternden Diktators gehen, sondern um existenzielle Kämpfe auch an den Grenzen Europas – an erster Stelle um Wasser und um Lebensmittel.

Perspektiven und Handlungsoptionen aufzeigen

Unsere Gespräche in allen drei Folgen dieser Staffel von „VBV im Diskurs“ waren somit natürlich in gewissem Maße von den Geschehnissen in der

Ukraine geprägt. So war es Klaus Schwertner am Rande des Diskurses wichtig, einen leidenschaftlichen Aufruf zur Unterstützung der Arbeit der Caritas für die Geflüchteten aus der Ukraine abzugeben. Aber es ging bei unseren Diskursen rund um die zentralen Akteure auf dem Weg zur Nachhaltigkeit um viel mehr. Sowohl die Diskussion mit führenden JournalistInnen und MedienmacherInnen, als auch die Diskussionsrunde mit NGO-VertreterInnen waren in die Zukunft gerichtet. Es ging darum, den Menschen eine Perspektive aufzuzeigen und der Politik wie auch der Wirtschaft Handlungsoptionen zu geben.

Wir wollen anregen, nachhaltig zu handeln.

Genau das ist der Grundgedanke unseres Diskurses: Wir wollen anregen, nachhaltig zu handeln. Besonders beeindruckt bin ich immer noch von der qualitativ herausragenden Diskussion über die Rolle der Wissenschaft. Der Diskurs mit Franz Fischler, Helga Kromp-Kolb, André Martinuzzi, Niki Popper und Juliane Reinecke war auf höchstem inhaltlichen Niveau, gewürzt mit erstklassiger Rhetorik und einer guten Prise Humor. Wenn Sie diese Folge versäumt haben, kann ich nur empfehlen, die Aufzeichnung nachzusehen. Sie finden den Link dazu unter <https://www.vbv.at/nachhaltigkeit/vbv-im-diskurs/>.

16 Diskurs-Veranstaltungen - und die Themen gehen nicht aus

Als wir die Reihe „VBV im Diskurs“ im Frühjahr 2020 ins Leben gerufen haben, konnten wir den Erfolg und das Interesse der Menschen nur erahnen. Nach mittlerweile 16 Veranstaltungen mit 80 heimischen und internationalen SprecherInnen und Sprechern bekommen wir laufend Feedback und Anregungen, welche Themen wir noch behandeln sollen. Immer mehr Menschen in unserem Umfeld schätzen den konstruktiven und qualitativ hochwertigen Diskurs rund um das Thema Nachhaltigkeit. Und wir als Nachhaltigkeits-Pionier und Leitbetrieb arbeiten daran, diesem Anspruch auch weiterhin gerecht zu werden.

VBV lebt Nachhaltigkeit vor

Darum setzen wir nicht nur nach außen Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit, sondern vor allem nach innen, in unserem Kerngeschäft. Denn Reden allein ist uns als VBV-Gruppe schon immer zu wenig gewesen. So sind die VBV-Pensionskasse und die VBV-Vorsorgekasse zwei der ersten

neun Mitglieder der Green Finance Alliance des Klimaschutzministeriums. Alle Mitglieder dieser Green Finance Alliance nehmen eine Vorreiterrolle für den Klimaschutz ein und zeigen die Vereinbarkeit von Klimaschutz und nachhaltigem Wirtschaften. In erster Linie geht es dabei um die Ausrichtung der jeweiligen gesamten Portfolios am 1,5 °C-Ziel sowie um die Ausweitung ökologischer Aktivitäten im Kerngeschäft. Genau das tun wir seit vielen Jahren – und freuen uns, wenn es nun durch die Initiative des Klimaschutzministeriums noch mehr Dynamik auf Branchenebene bekommt.

Unser Diskurs im Herbst 2022

Und wir setzen auch „VBV im Diskurs“ im Herbst 2022 weiter fort. Die Themen gehen uns hier definitiv nicht aus. Wir freuen uns schon, wenn Sie wieder mit dabei sind.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich spannende Impulse durch das vorliegende Buch.

Herzlichst,
Ihr



Andreas Zakostelsky

PS: Wie immer freue ich mich auch dieses Mal über Ihr Feedback an a.zakostelsky@vbv.at



Prof.in (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA
Center for Responsible Management

Nachhaltigkeit – Macht und Ohnmacht

Im Mittelpunkt der Frühjahrsreihe von „VBV im Diskurs“ stand die Frage, wer welche Macht auf dem Weg zur Nachhaltigkeit hat. Denn selbst wenn wir wissen, was wir tun müssten – wenn wir nicht gleichzeitig analysieren, wer die Hebel in der Hand hat, wer

„Der Umbruch, in dem wir uns befinden, ist noch viel stärker als bisher angenommen.“

bremst und wer Gas gibt, kann dieses Wissen nicht zum Ziel führen. Wir konzentrierten uns dabei auf drei wesentliche Player: die Medien, die Organisationen der Zivilgesellschaft (NGOs) und die Wissenschaft. Auf alle drei kommt es jetzt an. Doch sind sie mächtig genug? Das war die Kernfrage, die sich durch alle Diskussionen zog – mit sehr, sehr spannenden Erkenntnissen.

Die Rolle der Medien – Vierte Gewalt oder Komplizen der Mächtigen?

Im Fokus der ersten Runde standen die Medien. Betrachten wir Meilensteine in Österreich in Richtung Nachhaltigkeit – Zwentendorf, Hainburg, Gentechnik-Volksbegehren, um nur einige zu nennen – so haben wir diese Erfolge zu einem großen Prozentsatz Medien zu verdanken, die diese Themen vorangetrieben haben. Seither hat sich nicht nur die Komplexität der Themen verstärkt, auch die Medienlandschaft ist eine völlig andere. Durch digitale Netzwerke funktioniert Meinungsbildung heute anders. Sie ist stark getrieben von der peer group und von InfluencerInnen. Dass sich das negativ auf unser Demokratiebewusstsein auswirkt, liegt auf der Hand. Aber nicht nur die Korrektivrolle der Medien ist relevant, auch ihre eigene Verantwortung, wenn es um Nachhaltigkeit geht. Auch sie sind Unternehmen, die – gemäß der CSR-Definition der EU – „Verantwortung für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“ zu tragen haben.

Fazit der Diskussion: Erstens ist die Rolle der Medien immens wichtig, wenn wir auf unserem Planeten weiterkommen wollen. Hier ist durchaus noch Luft nach oben, und zwar sowohl puncto einer stärkeren Berichterstattung nach außen als auch puncto Verantwortung nach innen – Stichwort MitarbeiterInnen, Transparenzkriterien, Diversität etc. Gleichzeitig ist auch auf Seite der Medien- und Demokratiebildung großer Nachhol-

bedarf, denn vor allem der Umgang mit digitalen Netzwerken während Corona hat gezeigt, dass hier viele Defizite vorhanden sind. Beides sind de facto medienpolitische Fragen und Entscheidungen, die in Österreich nur schleppend diskutiert und angegangen werden. Hier wäre ein Diskurs auch in größerem Rahmen notwendig – ein Diskurs, der nicht polarisiert oder polemisch geführt wird.

Die Rolle der NGOs – Gegner oder Partner?

Auch das zweite Thema der Frühjahrs-Serie von „VBV im Diskurs“ ist bisher kaum Gegenstand von Diskursen – zumindest in Österreich: die Rolle und Glaubwürdigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie sind zentrale Akteure auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Auch sie sind „Watchdog“ für die Politik und für die Unternehmen. Sie sind Mahner, Gegner und Korrektiv. Diese Korrektivrolle ist wichtiger denn je. NGOs sind – wie der NGO-Experte und Klimaaktivist Wolfgang Pekny es formulierte – „ein Dorn im Fleisch der Gesellschaft und der Politik“.

Diese Rolle kann aber – und das war die zweite Erkenntnis aus dem Diskurs – nur ausgeführt werden, wenn NGOs auch wirklich unabhängig arbeiten können. Und da kommt immer das leidige Thema Finanzierung ins Spiel. Geld ist – und das ist die dritte Erkenntnis – bei NGOs im Gegensatz zu Unternehmen immer ein Mittel zum Zweck und nicht der eigentliche Zweck, außer bei reinen Fundraising-Organisationen wie Nachbar in Not oder Licht ins Dunkel. Ihre Glaubwürdigkeit und Legitimation haben NGOs immer von ihrer Mission, also von ihrer Aufgabe, von ihrem Tun, von ihren Prinzipien – und genau diese Glaubwürdigkeit gilt es immer im Auge zu haben.

Dies gilt auch bei Unternehmenspartnerschaften, die immer mehr zunehmen. Das hat zu einem Rollenwechsel der NGOs geführt – weg vom Gegner, hin zum Partner. Die Antwort hier war einhellig: Kooperation ja, aber wenn, dann unter klaren Regeln und nach außen hin transparent. Ein Weg dafür ist der „Kodex für transparente Zusammenarbeit“, der 2021 entstand und der Anleitungen gibt, wie derartige Kooperationen zwischen Unternehmen und der Zivilgesellschaft offengelegt werden können (mehr unter transparente-zusammenarbeit.org).

Die Rolle der Wissenschaft – Treiber oder Getriebene?

Das Thema der dritten Runde war die Wissenschaft. Auch sie spielt eine zentrale Rolle, wenn es um Nachhaltigkeit geht. Gleichzeitig ist das Vertrauen in die Wissenschaft gerade in Österreich sehr stark gesunken. Dabei ist eine freie, offene und vielfältige Wissenschaft heute notwendiger denn je. Wissenschaft ist – wie der Nachhaltigkeitsforscher Andre Martinuzzi von der WU gesagt hat – „ein gesellschaftlicher Reflexionsrahmen, wo alle zusammenkommen“. Und genau diese Reflexion ist derzeit nur unzureichend vorhanden, das war auch das Ergebnis so gut wie aller Runden im Rahmen unserer Serie „VBV im Diskurs“ – und das hat sich wieder bestätigt.

Und noch eine zweite Erkenntnis schließe ich daraus: Der Umbruch, in dem wir uns befinden, ist noch viel stärker als bisher angenommen. Der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler hat es auf den Punkt gebracht. Sein Fazit: „Wir sind in der größten Zeitenwende seit dem 2. Weltkrieg“. Das bedeutet, wir müssen ein positives Zukunftsbild schaffen, und das setzt wiederum voraus, dass wir diesen Wandel nicht wie jetzt um jeden Preis kontrollieren wollen, um Stabilität zu erreichen, sondern dass wir uns auf diesen Wandel einlassen. Nur dann können wir erkennen, dass er nicht nur große Herausforderungen, sondern auch große Chancen bietet – für uns alle.

Mit den besten Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Faber-Wiener'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'G'.

Gabriele Faber-Wiener

NACHHALTIGKEIT:

MACHT UND OHNMACHT

Die Rolle der Medien –

Instrument oder
vierte Gewalt?



VBV im Diskurs – 24. Februar 2022

- Welche Rolle spielen die Medien beim Thema Nachhaltigkeit?
- Vierte Gewalt oder Komplizen der Mächtigen – Sind Medien noch entscheidendes Korrektiv gegenüber Politik und Unternehmen?
- Treiben sie die Themen voran?
Oder sind sie Getriebene?

ZU GAST:



Mag. Markus Breitenecker

Geschäftsführer, ProSiebenSat1 PULS4

Er ist Geschäftsführer und Gründer der Mediengruppe ProSiebenSat.1 PULS 4. 1998 hat er mit der Gründung von ProSieben die Geschäftsführung übernommen. Mittlerweile sind 11 Fernsehsender unter dem Dach der Gruppe, u.a. Puls 24 und ATV. Für seine Tätigkeit wurde er mehrmals zum Medienmanager und Marketer des Jahres gekürt.



Mag. Gerald Grünberger

Geschäftsführer, Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ)

Er ist Geschäftsführer des Verbands Österreichischer Zeitungen (VÖZ), dem gewichtigsten Branchenverband für Medien in Österreich. Davor war er im Bundeskanzleramt für Medienpolitik zuständig. Seit 2021 ist er zudem Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Medienakademie, die sich um die Ausbildung von JournalistInnen kümmert.



Dr. in Marlis Prinzing

Professorin für Journalistik und Studiendekanin, Campus Köln

Sie ist Professorin für Journalistik und Studiendekanin am Campus Köln. Zuvor schrieb sie als Journalistin u.a. für „Die Zeit“, die „Financial Times Deutschland“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Sie ist Partnerin der Initiative „Qualität im Journalismus“. Ihre Schwerpunkte liegen in den Bereichen Wissenschaftsjournalismus, Medienethik und Digitaletik.



Roswitha Reisinger, MBA

Herausgeberin, BUSINESSART und LEBENSART

Sie ist Herausgeberin und geschäftsführende Gesellschafterin der beiden Nachhaltigkeitsmagazine BUSINESSART und LEBENSART. Ihr Fokus liegt dabei in der Vermittlung von Nachhaltigkeit an ein breiteres Publikum. Vor der Gründung ihres Verlags war sie in der Umwelt- und Unternehmensberatung und bei Bio Austria tätig.



Ingrid Thurnher, MBA

Journalistin & Radiodirektorin, ORF

Sie ist ORF-Journalistin und seit über 20 Jahren als Moderatorin und Gastgeberin von Sendungen wie „Zeit im Bild“, „Im Zentrum“ oder „Sommergespräche“ bekannt. Sie war Chefredakteurin von ORF III, seit Anfang 2022 ist sie Radiodirektorin des ORF.

Die (Ver-) Mittler

Sperrig und ohne großen Nachrichtenwert? Nachhaltigkeit und ihr Platz in den Medien

Nachhaltigkeit ist eines der großen Themen unserer Zeit. Welche Rolle in diesem Kontext die Medien spielen, war Inhalt der ersten Diskussion der Gesprächsreihe „VBV im Diskurs“ im Jahr 2022. Es gibt vielfache Berührungspunkte. Diese reichen von der edukativen Funktion der Medien, über Fragen der Glaubwürdigkeit und des Rollenverständnisses bis hin zum „lieben Geld“.

Mit dem Themenkomplex der Nachhaltigkeit ist es wie mit anderen, vergleichbar komplexen Sachverhalten: Die Suche nach relevanter, korrekter und vertrauenswürdiger Information gestaltet sich mitunter schwierig. Geht es um Ökologie, Soziales oder Governance bzw. kurz „ESG“, werden die Menschen in einem Ausmaß mit Falschinformationen und Halbwahrheiten konfrontiert, das es unheimlich schwer macht, Richtiges von Fakes zu unterscheiden.

„Gerade eine Welt im Wandel bedarf mehr denn je der kritischen Beobachtung durch Journalisten und Journalistinnen.“

Marlis Prinzing

Die Medien spielen in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle. „Gerade eine Welt im Wandel bedarf mehr denn je der kritischen Beobachtung durch Journalisten und Journalistinnen. Sie müssen über gesellschaftliche Herausforderungen und Trends in der globalisierten Gegenwart informieren, sie einordnen, belegbares Wissen recherchieren und unterschiedliche Akteure im Blick haben“, betont Marlis Prinzing, Professorin für Journalistik an der Kölner Hochschule Macromedia. Sie müssen zudem Gefahren benennen sowie konkrete, konstruktive Ideen aufgreifen, wie Bürgerinnen und Bürger ein Problem anpacken und bewältigen können.

Journalistische Prinzipien walten lassen, heißt auch, Zusammenhänge darstellen, fair berichten und vor allen Dingen für das Publikum qualitativ einordnen, welche Argumentation faktengestützt ist (siehe auch Box zu „False Balance“) und wo es sich beispielsweise um Minderheitenansichten und interessen geleitete Positionen handelt. Medien spielen beim Thema Nachhaltigkeit in mehrerer Hinsicht eine große Rolle, schildert Prinzing. Sie sind selbst Betroffene, zu deren Aufgaben nachhaltiges, achtsames

Verhalten und gemeinwohlorientiertes Berichten gehört. Und sie beobachten aus kritischer Distanz die zentralen Akteure und ihre Positionen und vermitteln verständlich, worauf es ankommt. Das macht Medien in demokratischen Gesellschaften zu einer vierten Macht. Jene, die hinterfragt und die Botschaften unterschiedlicher Interessensgruppen in Beziehung und Kontext stellt.

Lösungsorientierte Berichterstattung

Von ihrer Grundhaltung her, so Prinzing, sind Medien der „verantwortungsvollen und sachgerechten Berichterstattung“ verpflichtet. Das gilt grundsätzlich als journalistisches Prinzip. Was im Bereich der Nachhaltigkeit, insbesondere beim Thema Klimawandel, hinzukommt, ist der Anspruch des „lösungsorientierten Journalismus“, sagt Roswitha Reisinger, Geschäftsführerin des Lebensart Verlages, der die Magazine BUSINESSART und LEBENSART herausgibt, die sich beide Nachhaltigkeitsthemen widmen.

„Die Informationen müssen so sein, dass die Menschen mündig und handlungsfähig werden.“

Roswitha Reisinger

Weder mit großer Aufregung noch mit einem mahnenden Fingerzeig lassen sich Menschen nachhaltig beeindrucken. Das führe über kurz oder lang zur Abstumpfung. Es sind konstruktive Ansätze gefragt, damit zum Handeln angeregt wird. „Die Informationen müssen so sein, dass die Menschen – die Leserinnen und User – nicht in eine Hilflosigkeit verfallen: ‚Ich kann eh nix tun.‘ Sondern, dass sie mündig und handlungsfähig werden“, so Roswitha Reisinger. Wer immer nur von einer Katastrophe nach der anderen berichtet, wird sein Publikum verlieren. Verbote sollten nur als „Ultima Ratio“ gesehen werden und der Weg in Bildung und Aufklärung gesucht werden. „Das führt vom Reden ins Tun“, so Reisinger. Niemandem ist gedient, wenn sich die Menschen von den großen Herausforderungen abwenden und sie davon nichts mehr hören und sehen wollen.

Wer sich informieren will, ist auf gut aufbereitete und recherchierte Inhalte angewiesen. Themen wie Umweltschutz oder Nachhaltigkeit sind in ihrer Komplexität und Reichweite nicht ohne Weiteres zu erfassen. Hier bedarf es einer unabhängigen qualitätsvollen Berichterstattung, die neben der reinen Information auch noch eine gewisse Einordnung bietet.

„Da haben wir in der Corona-Krise viel gelernt“, meint dazu die ORF Radio-
direktorin Ingrid Thurnher. „Nämlich, wie man aus einer Nation, die vorher
von Sieben-Tages-Inzidenzen, Reproduktionsfaktoren oder mRNA-Impf-
stoffen noch nie was gehört hat, plötzlich eine beteiligte Nation machen
kann, weil wir sie alle mitgenommen haben.“

Eine ähnliche Anstrengung – nur über einen noch viel längeren Zeitraum
– sei im Bereich von Klimawandel und Nachhaltigkeit von Nöten. Wobei
Thurnher dabei betont, dass die Medien unbedingt für Begriffsklarheit sor-
gen müssen. Man muss präzise wissen, wovon die Rede ist, wenn das Buzz-
word „Nachhaltigkeit“ verwendet wird, „sonst können uns die Menschen
nicht folgen.“

Finanzierung mit Good Governance

Damit Medien diese aufklärende Verifikationsfunktion auch wahrnehmen
und aktiv gegen die Desinformationsindustrie vorgehen können, braucht
es einerseits eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung, ande-
rerseits müssen die Medien mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden,
wie Gerald Grünberger, Geschäftsführer des Verbands Österreichischer Zeitungen
(VÖZ) und des Österreichischen Zeitschriften- und Fachmedienverbands (ÖZV),
betont. Ein professioneller Medienbetrieb könne seiner Ansicht nach nur
dann aufrechterhalten werden, wenn eine nachhaltige Finanzierung gesichert
ist.

„Ein professioneller Medienbetrieb kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn eine nachhaltige Finanzierung gesichert ist.“

Gerald Grünberger

Dass die Abhängigkeit von Inseraten als Haupteinnahmequelle einen gewissen Widerspruch zur objektiven Berichterstattung darstellen kann, ist nicht allzu überraschend. Das gilt vor allem dann, wenn es keine klare Trennung zwischen der Redaktion auf der einen und dem Verlag auf der anderen Seite gibt. Wer die politische Diskussion der letzten Monate verfolgt hat, weiß, dass es mitunter zu einer ungesunden Nähe von Parteien und Regierenden auf der einen Seite und Medien auf der anderen Seite gekommen ist. Die Ausgaben für Regierungsinserate lagen in der jüngeren Vergangenheit immer deutlich über der eigentlichen Presseförderung und auch Schaltungen aus der Privatwirtschaft können ein schiefes Licht auf Medienhäuser werfen.



Von der falschen Ausgewogenheit

Stellen Sie sich vor, Sie sind ZuhörerIn einer Diskussion zur Gestalt unseres Sonnensystems. Dabei behaupten zwei TeilnehmerInnen, die Erde kreise um die Sonne, und zwei weitere vertreten die These, dass es genau umgekehrt wäre. Die Positionen wären zwar ausgewogen verteilt, aber es würde sich dabei um eine sogenannte „False Balance“ handeln. Belegtes Wissen trifft auf Unsinn.

Auch im Journalismus wird Ausgewogenheit immer wieder missverstanden als bloßes Gegenüberstellen unterschiedlicher Positionen, beschreibt Marlis Prinzing, Professorin für Journalistik an der Kölner Hochschule Macromedia. Tatsächlich werde dabei immer wieder eine „False Balance“ erzeugt. Ein Beispiel für eine solche Form von „irreführender Ausgewogenheit“ wäre, neben die Behauptung, Treibhausgasausstoß trage massiv zur Erderwärmung bei, die Behauptung zu stellen, das stimme nicht. Auf das Publikum wirke dies, als sei sich die Forschung uneins, was davon stimmt. Das ist falsch. Tatsächlich sind die Folgen des menschengemachten Treibhauseffekts vielfach belegt; wer das abstreitet, vertritt eine Minderheitenposition. Ausgewogenheit darf daher nicht als bloße Gegenüberstellung missverstanden werden, sondern muss qualitativ definiert werden, erklärt Prinzing. Eine zentrale Frage sei: Welches Gewicht, gemessen zum Beispiel an



durch Studien belegbarem Wissen, hat eine bestimmte Position? Journalisten müssen also erstens eine Abweichlerposition als solche kennzeichnen. Und zweitens sich bewusst machen, dass sie eine für uns alle riskante extreme Verzerrung der Wahrnehmung erzeugen, wenn sie bei einem Verhältnis von vielleicht 100 zu 1 (gesichertes Wissen zu Abweichlerposition) den falschen Eindruck erzeugen, es bestehe eine Art „Fifty-fifty-Unentschieden“.

Medien müssen nicht ständig widerlegte Thesen oder Falschinformationen wiederholen, sondern Desinformation als solche erkennbar machen und sich auf die wissenschaftlich abgesicherten Tatsachen konzentrieren.

Was im oben erwähnten Beispiel zum Sonnensystem noch lustig anmuten könnte, wird dann sehr ernst, wenn evangelikale Hardliner in den USA darauf drängen, dass in den Schulen neben der Evolutionstheorie auch die Abstammung der Menschheit von Adam und Eva gleichberechtigt zu unterrichten sei, oder wenn in heimischen TV-Talkshows neben anerkannten Virologen genauso viele Hobby-Experten für epidemiologische Verschwörungstheorien sitzen.

Roswitha Reisinger will das in ihren Zeitschriften auch durch eine klare Werbelinie vermeiden: „Bei uns dürfen nur Produkte und Dienstleistungen beworben werden, die der Nachhaltigkeit nicht widersprechen.“ Damit fällt für sie ein guter Teil des Inseratenmarktes weg. Was umso mehr schmerzt, als die Presseförderung in vielen Fällen den sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein darstellt. „Die Förderung, die wir bekommen“, so Reisinger, „entspricht dem Gegenwert eines viertelseitigen Inserats. Damit kann ich keine Magazine machen. Das ist einfach lächerlich.“

„Alleine
Google und
Facebook saugen
mehr Geld aus
Österreich ab, als
alle privaten Medien
Werbeumsatz
machen.“

Markus Breitenecker

Erschwerend hinzu kommt, dass zusätzlicher finanzieller Druck dadurch entsteht, dass immer mehr Werbegeld in Richtung Web-Plattformen und Social Media abfließt. „Dadurch kommen die Geschäftsmodelle der klassischen Medien massiv unter Druck“, wie Gerald Grünberger betont. Markus Breitenecker, Geschäftsführer ProSiebenSat.1 PULS 4, kann das nur bestätigen: „Alleine Google und Facebook saugen mehr Geld aus Österreich ab, als alle privaten Medien Werbeumsatz machen.“ Das gefährdet die Stärke der heimischen Medienlandschaft und die Finanzierung von qualitativ hochwertigem Journalismus.

Breitenecker ist skeptisch, dass man Unternehmen dazu bewegen kann, ihre Werbegelder entsprechend umzulenken. Dagegen wendet Reisinger ein, dass man die Mittelverwendung durchaus im Sinne der Nachhaltigkeit überdenken könnte. „In Kommunikation und Marketing ist das Thema Nachhaltigkeit noch nicht so gut angekommen.“ Auch dort sollte man sich überlegen, was man mit seinem Inseratengeld bewirkt.

Gerald Grünberger plädiert vor diesem Hintergrund für mehr Aufmerksamkeit in Bezug auf die Platzierung von Werbung und verweist auf die Initiative Stop Funding Hate. „Wir haben allein in Österreich mehr als 200 Unternehmen identifiziert, deren Werbung online auf Fake-News-Seiten, Hate-Speech-Seiten und Seiten, die sich schlüpfrigen Themen widmen, platziert sind. Da sollte sich jedes Unternehmen fragen, wo erscheint mein Logo, meine Werbung“, so Grünberger. Diese Diskussion sollte seiner Ansicht nach jedenfalls ehrlich geführt werden.

Glaubwürdigkeit und Erziehungsberechtigung

Für Medien und ihren Nachhaltigkeitsanspruch geht es jedenfalls darum, durch ihre Finanzierungspraktiken ihre eigene Glaubwürdigkeit nicht zu untergraben. Gefragt ist eine „Finanzierung mit Prinzipien“, wie Nachhaltigkeitsexpertin Gabriele Faber-Wiener das treffend bezeichnet. „Good Governance“ und entsprechende Richtlinien sind Dinge, mit denen sich jedes Medienhaus auseinandersetzen muss.

Zur Glaubwürdigkeit gehört auch, dass das Mega-Thema der Nachhaltigkeit in den Medien – neben all der tagespolitischen Aufgeregtheit – überhaupt ausreichend Platz findet. Aus eigener Erfahrung weiß Gabriele Faber-Wiener, dass es nicht einfach ist, damit Gehör zu finden. Das kann Andreas Zakostelsky, Generaldirektor der VBV-Gruppe, bestätigen. Für ihn liegt das an der „Sperrigkeit des Themas“, über das man nicht einfach und schnell berichten kann, sondern in das man sich einarbeiten und das mit Expertise verknüpft sein muss.

„Wir alle wissen, dass das Pensionssystem instabil ist und gute Ergänzungen bräuchte. Trotzdem ist es schwer, für so ein Thema Ansprechpartner in den Medien zu finden.“

Andreas Zakostelsky

„Dennoch“, so Zakostelsky, „ist es die Rolle der Medien, qualifiziert und objektiv darüber zu berichten. Nicht zu aufgeregt, aber doch so, dass das Thema ständig präsent gehalten wird.“ Er bringt dann auch ein vergleichbares Beispiel aus seiner beruflichen Praxis. Auch das Thema Vorsorge hat ob seiner Langfristigkeit ebenso schwer mit der häufig tagespolitischen Ausrichtung der Berichterstattung zu kämpfen: „Wir alle wissen, dass das Pensionssystem instabil ist und gute Ergänzungen bräuchte. Trotzdem ist es schwer, für so ein Thema Ansprechpartner in den Medien zu finden, wenn man nicht etwas liefert, das heute, hier und jetzt vor Aktualität strotzt.“

„Medien leben vom News-Wert, den eine Nachricht hat“, wendet Markus Breitenecker dagegen ein. Wenn Fridays for Future in Wien 20.000 Menschen mobilisiert, dann hat das diesen News-Wert, für eine dauerhafte Beispielerung der Nachhaltigkeit bieten sich allerdings auch andere Formate an. Die Medieninhalte bestehen ja nicht ausschließlich aus News.

Man müsse, so Ingrid Thurnher, über viele Jahre am Thema dranbleiben. „Das ist auch ein Aspekt der Nachhaltigkeit in der Berichterstattung. Auch wenn es einmal nicht so spektakulär ist.“ Wenn das Interesse an der Nachhaltigkeit zurückgeht, weil es von anderen Dingen überschattet wird, dann

„ Man muss über
viele Jahre
am Thema
dranbleiben.
Das ist auch ein
Aspekt der
Nachhaltigkeit. “

Ingrid Thurnher

darf man eben nicht lockerlassen. Thurnher findet nicht, dass das Thema mit den üblichen Katastrophen konkurrieren muss. „Deswegen gibt es ja auch Formate, die immer da sind. Egal, was sonst auf der Welt passiert und egal, ob in der Ukraine Krieg ist oder wie hoch die Inzidenzen sind.“

Und am Ende, so Thurnher, müsse man auch die Fokussierung der Erwachsenen auf die klassische Berichterstattung hinterfragen. Junges Publikum ist viel eher über digitale Kanäle erreichbar, und sie sind doch die Multiplikatoren, die man mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung vor allem erreichen sollte. „Das sind ja eigentlich unsere Erziehungsberechtigten in Umwelt- und Klimathemen“, so Thurnher. Dann kann es eben Sinn machen, dem Untersuchungsausschuss und der Pandemie die ZiB 2 zu überlassen und stattdessen mit der Dekarbonisierung in der „Zeit im Bild“ auf TikTok präsent zu sein. ■



Legislative, Judikative, Exekutive ... und Medien?

„Die Medien sind die mächtigste Institution der Welt. Sie haben die Macht, die Unschuldigen zu verurteilen und die Schuldigen freizusprechen, und genau das ist Macht. Weil sie den Verstand der Massen kontrollieren.“

Malcolm X (US-amerikanischer Aktivist und Bürgerrechtler)

Man muss nicht den radikalen Ansatz eines Malcolm X teilen, wenn es um die Kraft der Berichterstattung geht, aber Einfluss auf die Gesellschaft kann man den Medien nur schwerlich absprechen. Ihnen wird oftmals, neben den drei klassischen Gewalten einer Demokratie, die Rolle der „vierten Macht“ zugebracht.

Als unabhängiger Vermittler zwischen den drei Staatsgewalten und der Gesellschaft sollen sie Korrektiv, einordnende Instanz und verlässliche Informationsquelle zugleich sein. Verlangt werden neben einer exakten Recherche auch eine genaue Kenntnis des Themas und die Prüfung der verwendeten Quellen. Die Medien filtern und verifizieren die Botschaften der „Mächtigen“, bevor sie diese an die Bevölkerung weitergeben.

Wer sich in namhaften Medien informiert, erwartet unbeeinflusste Berichterstattung. Fake News findet man vor allem im Internet „en masse“, da hier jede und jeder nach Lust und Laune Inhalte verbreiten kann. Was bei witzigen Videos noch wie ein harmloser Spaß erscheint, kann vor allem bei heiklen Themen zu einem gefährlichen Lauffeuer werden.

Hier ist die Macht der seriösen Medien gefragt, um Desinformation und Fake News zu entlarven und gezielt entgegenzutreten. Aspekte, die von gesellschaftlicher Relevanz sind, gilt es so aufzubereiten, dass sie für sämtliche Personengruppen zugänglich sind und im besten Fall sogar zu einer nachhaltigen Wirkung führen. Die Medien sind der kritische Geist der demokratischen Gewaltentrennung.

NACHHALTIGKEIT:

MACHT UND OHNMACHT

Die Rolle der NGOs –

Gegner oder
Partner?



VBV im Diskurs – 17. März 2022

- Sind NGOs noch der „Watchdog“ von einst?
- Wie ist ihr Verhältnis zu Unternehmen, wie zur Politik?
- Kann die Politik mittlerweile besser kampagnisieren als die NGOs?

ZU GAST:



FH-Hon. Prof. Mag. Rudolf Greinix

Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, VBV-Gruppe

Rudolf Greinix leitet die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Marketing bei der VBV-Gruppe. Davor war Greinix über viele Jahre Berater bei Österreichs damals größter PR-Agentur Publico (Ketchum Publico). Schon seit seinem Studium (Schwerpunkte im Umweltbereich der BWL) beschäftigt sich Greinix mit dem Thema Nachhaltigkeit. Rudolf Greinix ist auch langjähriger Lektor an der FH Burgenland und der FH St. Pölten.



Mag.ª Anita Malli

Geschäftsführerin, „Mutter Erde“
Beauftragte für Umwelt und Nachhaltigkeit, ORF

Sie ist Geschäftsführerin von „Mutter Erde“ sowie Beauftragte für Umwelt und Nachhaltigkeit im ORF. Davor war sie im Journalismus: konkret als Redakteurin bei Biber und dann viele Jahre bei den Grünen, als Pressesprecherin und dann viele Jahre als Landesgeschäftsführerin der burgenländischen Grünen.



Univ. Prof. Dr. Michael Meyer

Leiter, Institut Nonprofit-Management WU-Wien

Er leitet das Institut für Nonprofit-Management sowie das Kompetenzzentrum für Nonprofit-Organisationen und Social Entrepreneurship an der WU Wien. Michael Meyer ist ausgebildeter systemischer Organisationsberater hat mehr als 150 Publikationen über das Thema Zivilgesellschaft verfasst.



Wolfgang Pekny

Gründer der Plattform Footprint

Er war einer der ersten, der sich in Österreich des Themas Klimaschutz angenommen hat: Damals noch als Kampagnenleiter der Umweltschutzorganisation Greenpeace, für die er über 20 Jahre lang arbeitete. Wolfgang Pekny hat 2007 die Plattform Footprint gegründet und berät und unterrichtet seither zu Themen wie Life-Cycle-Management, Ökobilanzierung und Footprinting.



Lena Schilling

Klimaktivistin, Gründerin des Jugendrates

Sie ist Klimaaktivistin und Gründerin des Jugendrates, der die Besetzung der Baustelle des Wiener Lobau-Tunnels durchführt. Sie studiert Politikwissenschaften an der Uni Wien, engagiert sich aber schon seit ihrer Schulzeit, u.a. für die Fridays for Future Bewegung. Sie wird als eine der politisch aktivsten jungen Menschen des Landes bezeichnet.



Mag. (FH) Klaus Schwertner

gf. Caritasdirektor der Erzdiözese Wien

Er ist Geschäftsführer der Caritas der Erzdiözese Wien. Nach seinem Studium des Gesundheitsmanagements hat er als Pressesprecher der Niederösterreichischen Landeskliniken-Holding und dann der Caritas Erzdiözese Wien gearbeitet, wo er 2013 zum Geschäftsführer bestellt wurde. Im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 kommunizierte er sehr intensiv über die sozialen Medien – dies brachte ihm den Titel des Kommunikators des Jahres 2016 ein.

Die (jungen) Wilden

Der Dorn im Fleisch des etablierten Systems

Non-Governmental Organizations (NGOs) sind zweifellos zentrale Akteure auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Mitunter verstehen sie sich aber auch als Mahner, Gegner und Korrektiv für Unternehmen und Politik zugleich. Gleichzeitig treten sie immer mehr als Partner auf – nicht zuletzt aus finanziellen Gründen. Mehr denn je braucht es den Dialog.

Um die Rolle von NGOs aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit zu würdigen, könnte man ein kleines Gedankenspiel anstellen: Stellen wir uns vor, es gäbe keine aus der Zivilgesellschaft geborenen Verbände und die Entwicklung unseres Gemeinwesens wäre einzig und allein auf staatliche Akteure angewiesen. Wie hoch wäre dann die Wahrscheinlichkeit, dass auf Atollen und Inseln im Pazifik oder im Beringmeer nach wie vor Atomwaffen getestet werden, dass Walfangflotten die letzten Meeressäuger jagen oder dass die Donau in der Wachau aufgestaut wäre und der ruhig gestellte Fluss Weingärten und Marillenhaine überflutet hätte?

All diese Szenarien klingen aus heutiger Sicht unwahrscheinlich, beinahe utopisch. Und dennoch haben sich Staaten und Regierungen lange nicht davon verabschieden können bzw. diese Pläne vorangetrieben. Es waren Nicht-Regierungsorganisationen und spontan gegründete Verbände, die dagegen protestierten. Zumeist als der sprichwörtliche David gegen den staatlichen Goliath und zum Teil auch unter Einsatz des eigenen Lebens. Man kann daher die Rolle von NGOs als Korrektiv gar nicht überbewerten.

In Österreich gibt es aktuell rund 120.000 NGOs, wie Michael Meyer, Leiter des Instituts für Nonprofit Management der WU Wien, erklärt. „Diese decken die komplette moralische Palette ab.“ Von „gut bis böse“, vom Kleintierzüchterverein bis zum Institut für Wärme und Oeltechnik, auf dessen Webseite heute noch zu lesen ist, „Ihre Ölheizung hat Zukunft“.

In aller Regel entsteht zuerst eine soziale Bewegung, die sich freilich rasch organisatorisch formiert, so Meyer – in unserem Kulturkreis, im Land der Vereinsmeier, finde das tagtäglich statt. Habe man einen Verein gegründet, sei man eigentlich auch schon eine NGO.

Notwendige Ergänzung

Bei aller Wertschätzung für die humanistischen und ökologischen Leistungen der NGOs, müsse auch in diesem Bereich der Gesellschaft kritisch nachgefragt werden. Der Hochschulprofessor bringt es auf den Punkt: „Über die helle Seite der Zivilgesellschaft sollte man nicht vergessen, dass

„Über die helle Seite der Zivilgesellschaft sollte man nicht vergessen, dass es auch eine dunkle Seite gibt.“

Michael Meyer

es auch eine dunkle Seite gibt.“ Denn: NGOs – gleich, in welchem Bereich sie auch tätig sind – müssen nicht zwingend der ökologischen Nachhaltigkeit dienen.

Sie organisieren sich dort, wo staatliches Handeln verstärkt oder auch korrigiert werden soll. Die Caritas der Erzdiözese Wien sieht sich als Partner der öffentlichen Hand und auch der Politik. Dazu gf. Caritasdirektor Klaus Schwertner: „Ich finde, es ist müßig, zu fragen: Ist es nur gut, wenn es staatlich organisiert ist? Oder ist es nur gut, wenn es von NGOs organisiert wird?“ Er sieht hier kein schwarz-weiß am Werk, sondern notwendige Ergänzung.

„Das verbindet die Caritas mit der VBV oder der betrieblichen Altersvorsorge überhaupt: Uns gibt es auch als Ergänzung zum staatlichen Pensionssystem“, erklärte Rudi Greinix, der bei der VBV die Abteilungen Marketing und Öffentlichkeitsarbeit verantwortet. Seiner Ansicht nach braucht es mehr Unternehmen, die auf NGOs mutig zugehen. In den Anfangstagen von Fridays For Future gingen Andreas Zakostelsky, Generaldirektor der VBV-Gruppe und CEO der VBV-Vorsorgekasse, CSR-Manager Peter Eitzenberger und er zur ersten Klima-Demo in Wien – aus purem Interesse heraus: und waren sofort vom Spirit begeistert. Man spürte, man war auf der richtigen Seite. Und spontan habe man sich auch entschieden, das Klimavolksbegehren zu unterstützen.

Bewahrend oder den Wandel vorantreibend

Kooperieren Unternehmen mit NGOs, so versuchen sie häufig zu unterscheiden, welche Organisationen dem eigenen Image zuträglich und welche möglicherweise zu radikal sind. Es gibt sowohl solche Organisationen, die sich der Sicherung eines Status quo verschrieben haben, als auch jene, die die revolutionäre Veränderung predigen. Dass man da recht schnell in ein schiefes Licht gerät, bestätigt Klaus Schwertner. Auch

der Caritas wird ab und an, ob ihrer anwaltschaftlichen Arbeit, politisches Agitieren unterstellt.

Wie sehr muss man sich in das System eingliedern, um Änderungen von innen vorantreiben zu können? Wolfgang Pekny, Gründer der Plattform Footprint und langjähriger Kampagnenleiter von Greenpeace, unterscheidet grundsätzlich zwischen den „bewahrenden NGOs“ und jenen, die den „Wandel vorantreiben“. Seien Erstere – dazu zählt er etwa das Rote Kreuz – systemrelevant, seien Zweitere mitunter nicht eben wohlgekommen oder gar beliebt.

„Der wahre Revolutionär revoltiert nicht gegen Missbräuche, sondern gegen Bräuche.“

Wolfgang Pekny

Zwar notwendiger Teil der Gesellschaft, fürchtet er für die bewahrenden NGOs allerdings die Übernahme der „Charity-Unsitten wie in der anglikanischen Welt“. Kein Spital, keine Schule komme dort mehr ohne Spenden oder NGOs im Hintergrund aus. Diese fragwürdige Praxis dürfe bei uns nicht zum Usus werden. „Der wahre Revolutionär“, so Pekny, „revoltiert nicht gegen Missbräuche, sondern gegen Bräuche.“ Denn dies bedeute den „Untergang einer Gesellschaft“, wenn angenommen werde, sie sei die „Beste aller Möglichkeiten“ und eben alternativlos.

Michael Meyer vertritt die Ansicht, dass jene NGOs, die an der vordersten Front stehen, immer bei der Politik anecken. Aber man braucht sie, denn sie sind die Treiber des gesellschaftlichen und auch ökologischen Fortschritts.

Ethikbeirat für die nachhaltige Veranlagung

„Bei der VBV mischen wir da ganz bewusst. Wir unterstützen auch NGOs, die systemkritisch sind. Das ist in der Historie in den letzten 20 Jahre mitgewachsen“, erklärt Rudi Greinix, „wir machen das genauso kritisch, wie wir uns das umgekehrt von den NGOs wünschen.“

„Wir unterstützen auch NGOs, die systemkritisch sind.“

Rudolf Greinix

Als Pensions- und Vorsorgekasse werden um die 14 Milliarden Euro veranlagt. Greinix: „Das ist nicht unser Geld, sondern das der Kundinnen und Kunden.“ Klar ist aber auch: Wo die VBV investiert, hat das einen „ziemlichen Einfluss“. Seit 20 Jahren gibt es



Ein legendärer Bericht pushte den Diskurs

Initialzündung und Inspiration für die Gründung vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen war der Club of Rome. Der Zusammenschluss von Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen aus mehr als 30 Ländern wurde 1968 ins Leben gerufen. Die gemeinnützige Organisation setzt sich für eine nachhaltige Zukunft der Menschheit ein. Mit dem 1972 veröffentlichten Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ erlangte der Club weltweite Bekanntheit. Seitdem setzt er sich für nachhaltige Entwicklung und den Schutz von Ökosystemen ein.

Unter erstmaliger Verwendung der System-Dynamics-Methodik im Rahmen verschiedener Szenarien wurde mit der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ eine Prognose für die zukünftige Weiterentwicklung der Welt erstellt. Zentrale Botschaft des viel diskutierten Papiers: Bis 2080 werde die Temperatur um 2,8 Grad steigen – was einen sich selbst verstärkenden Klimawandel auslösen könne. Prominente Beispiele für (vermutete) Wachstumsgrenzen sind die Nahrungsmittelproduktion, die Verfügbarkeit erschöpflicher Ressourcen und die Aufnahmekapazität der Umwelt bezüglich der Abfallprodukte wirtschaftlicher Aktivität.

Seit 1972 wurden neben anderen Publikationen 34 sogenannte „Berichte an den Club of Rome“ angenommen. Der Club of Rome ist Mitinitiator der Global Marshall Plan Initiative und im Bericht „Wir sind dran“ von 2017 betont er den Einfluss von bewussten Investitionsentscheidungen auf die Zukunft der Umwelt: Es solle demnach mehr privates Kapital in Unternehmen fließen, die nach dem Pariser Klimavertrag und den UN-Entwicklungszielen handeln.

dazu einen Ethikbeirat, der sich aus externen Experten und Vertretern von NGOs zusammensetzt. „Diese haben uns bei der Erarbeitung von Veranlagungskriterien geholfen – zu einer Zeit, als das überhaupt noch kein Thema war.“ In der Vorsorgekasse wurde beispielsweise Kohle schon vor sieben Jahren gänzlich ausgeschlossen. Rausgenommen wurden danach auch Investments in Öl und Erdgas.

Mittlerweile ist die Ansicht, dass keine Investitionen mehr in fossile Brennstoffe fließen sollten, Common Sense. Transformationsforscherin Maja Göppel spricht in diesem Zusammenhang von Social Tipping Points. Wenn also ein Standpunkt die kritische Masse an Menschen erreicht, die erforderlich ist, damit sich dieser stark verbreitet und ein Netzwerkeffekt etabliert wird. „Dann“, so Göppel, „werden plötzlich Dinge möglich, die man davor für unmöglich gehalten hätte.“ Und somit kann es auch sein, dass eine bisher als radikal titulierte NGO aus gesellschaftlicher Perspektive ins wohlgeleitene Eck wechselt.

Krisen als Beschleuniger

Anita Malli, Geschäftsführerin von „Mutter Erde“ und Referentin für Umwelt und Nachhaltigkeit im ORF, ist der Überzeugung, dass man manche Prozesse eben nur bis zu einem gewissen Punkt beschleunigen könne. Obzwar in Bürgerinitiativen, Bewegungen, Unternehmen und auch politischen Parteien mitunter Ungeduld herrsche: In einer Gesellschaft brauche es „Reifungsgrade“, man müsse abwarten können, bis der sprichwörtliche Krug bricht.

„Krisen sind Beschleuniger von Prozessen.“

Anita Malli

Krisen dürfe man getrost auch als Beschleuniger von Prozessen verstehen. In der Corona-Pandemie stellten wir uns etwa die Fragen: Wie wichtig ist uns Zusammenhalt? Was bedeutet für uns die Abhängigkeit von Energielieferanten? Was bedeutet die Häufung von Zoonosen (Infektionskrankheiten, die von Bakterien, Parasiten, Pilzen oder Viren verursacht und wechselseitig zwischen Tieren und Menschen übertragen werden.)? Der Raubbau an immer größeren Flächen unseres Planeten habe diese Prozesse beschleunigt, so Malli.

Sehr viele Menschen seien jetzt von Energiearmut betroffen, weil es die Politik in den vergangenen Jahrzehnten verabsäumt habe, „Probleme anzugehen“. Angesichts des von Russland der Ukraine aufgezwungenen

Krieges und der damit einhergehenden Energieprobleme für den Westen, werde dies sehr wohl zum beschleunigten Umdenken in Richtung einer Nullemissionswelt führen, ist Malli überzeugt.

„Ja, wir müssen radikaler werden.“

Lena Schilling

Genau deswegen müsse es auch „solche NGOs geben, deren Leute manchmal bereit sind, sich vor einen Bagger zu setzen“, meint die Klimaaktivistin und Gründerin des Jugendrates Lena Schilling. Ihr Tenor insgesamt: „Ja, wir müssen radikaler werden.“ Schilling zitiert in diesem Zusammenhang Bertolt Brecht: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“. Wir stolpern von Krise zu Krise, dabei wünscht sie sich, „dass wir wieder glauben, dass wir das System von der Wurzel her verändern können.“ Für sie sind NGOs der „Dorn im Fleisch“ des bestehenden Systems.

Unabhängigkeit

Damit diese Funktion überzeugend wahrgenommen werden kann, gelten für Nicht-Regierungsorganisationen besonders hohe moralische Ansprüche. Diese müssen dann angelegt werden, wenn Kooperationen oder Partnerschaften mit Unternehmen eingegangen werden – vor allem solche, bei denen Geld in Richtung NGOs fließt. Klaus Schwertner meint, dass man sich „trotz Charity, Kooperationen und Aufträgen der öffentlichen Hand“ als Organisation nicht „kaufen lassen“ dürfe – und trotzdem unbequem sein darf.

„Wir dürfen uns niemals den Mund verbieten lassen, weil wir von irgendwelchen Geldgebern abhängig sind“, ist Lena Schilling überzeugt. Nachhaltigkeitsexpertin Gabriele Faber-Wiener weist in diesem Zusammenhang auf den von ihr gemeinsam mit JuristInnen erstellten Transparenzkodex hin, um den Fluss von Spendengeldern öffentlich zu machen. Der „Kodex für transparente Zusammenarbeit“ formuliert Richtlinien und Qualitätsstandards für Kooperationen zwischen Unternehmen und Non-profit-Organisationen. Dieser enthält Normen und Anwendungsbereiche ebenso, wie konkrete Umsetzungsmaßnahmen oder Sanktionen.

Man muss grundsätzlich unterscheiden: Handelt es sich um ein Sponsoring? Oder handelt es sich um eine Kooperation, wo es eine Leistung und eine Gegenleistung gibt, die auch vertraglich abgesichert sind. „Ich bin dafür, dass diese Unterscheidung transparent gemacht wird“, so Klaus

Schwertner von der Caritas der Erzdiözese Wien. Freilich gibt es auch den Wunsch, anonym zu spenden. Das folgt meist einem „sehr hehren Ziel, und diejenigen wollen einfach nicht mit einem Scheck abgebildet werden“. Schwertner hält nichts von den Plänen, solche diskreten Zuwendungen gesetzlich zu verbieten.

„Ich bin dafür, dass die Unterscheidung [zwischen Sponsoring und Kooperation] transparent gemacht wird.“

Klaus Schwertner

Bei der Initiative Mutter Erde, so Anita Malli, werden die Werbepartner auf der Webpage veröffentlicht und auch, in welchem finanziellen Rahmen sich die Auszahlungen der Gelder bewegen. Außerdem wurden Ausschlussbranchen und ein Kriterienkatalog formuliert. Dort wird auch die Frage beantwortet, wie man einem Unternehmen sagt, dass man nicht zusammenarbeiten möchte, auch wenn dieses spenden und die Unterstützung öffentlich darstellen möchte. „Da muss man eben vorneweg eine Policy haben“, so Malli, damit man nicht später in die Bredouille gerät.

Mut und Weitblick

Weil es kein Paradies auf Erden gibt und dieser Zustand wohl auch nie erreicht werden kann, wird es immer NGOs brauchen, die auf Missstände hinweisen und zur Not mit den Mächtigen und Regierenden in den Ring steigen. Für die Moderatorin der Diskussion, Gabriele Faber-Wiener, sind NGOs „wichtiger denn je“. Jene, die an „vorderster Front“ stehen, dürfen ihrer Hochachtung versichert sein. Sie haben die Verantwortung, auch weiterhin der „Dorn im Fleisch der Gesellschaft und in Bewegung“ zu bleiben.

Sie kämpfen für Anliegen, die der schweigenden Mehrheit mitunter etwas eigenartig oder gar unwichtig erscheinen können. Häufig wird die Tragweite erst dann erkannt, wenn der Konflikt bereits entschieden ist. Jene Menschen, die heute in Rührsdorf oder Spitz durch die Wachau spazieren und dabei nicht auf eine betonierte Stauwand blicken, können sicherlich bemessen, wie wichtig der Widerstand damals war. Ob sie sich in der heißen Phase der Auseinandersetzung in den 70er und 80er Jahren auch an einen Baum gekettet oder vor einen Bagger gelegt hätten, ist nicht gewiss. Bedanken dürfen sie sich jedenfalls bei mutigen und weit-sichtigen Menschen, die nicht einfach schweigen wollten. ■

NACHHALTIGKEIT:

MACHT UND OHNMACHT

Die Rolle der
Wissenschaft –

Treiber oder
Getriebene?



VBV im Diskurs – 7. April 2022

- Haben wir den Glauben an die Wissenschaft verloren?
- Wer bestimmt, woran geforscht wird?
- Wie kann man das Vertrauen in die Wissenschaft in Zeiten sozialer Bubbles stärken?

ZU GAST:



Dr. Franz Fischler

ehem. EU-Kommissar, Ehrenpräsident Ökosoziales Forum

Er war Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und fast 10 Jahre lang EU-Agrar-Kommissar. Von 2005 bis Ende 2011 war er Präsident des Ökosozialen Forums und dann bis 2020 Präsident des Europäischen Forums Alpbach. Er hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten – u.a. ist er

Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens am Bande für Verdienste um die Republik Österreich.



Univ.-Prof.in Dr.in Helga Kromp-Kolb

Meteorologin, Klimaforscherin, BOKU

Sie ist Meteorologin und Klimaforscherin an der BOKU und war bis 2018 Leiterin des Zentrums für Globalen Wandel und Nachhaltigkeit. Sie forscht seit den 1990er Jahren zum Thema Klimawandel und hat darüber zentrale Publikationen verfasst, die auch Grundlage für die

Politik sind, u.a. dienen diese als Grundlage für den Nationalen Energie- und Klimaplan.



Prof. Dr. André Martinuzzi

Leiter d. Instituts für Nachhaltigkeitsmanagement, WU Wien

Er leitet das Institut für Nachhaltigkeitsmanagement an der WU Wien. Er ist Experte im Bereich CSR, Evaluationsforschung sowie nachhaltige Entwicklung und leitet seit mehr als 20 Jahren EU-weite Forschungsprojekte und Arbeitsgruppen. Seine Publikationen drehen sich oft um die

Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft.



Dr. Nikolas “Niki” Popper

Simulationsforscher, TU Wien
Unternehmer, dwh GmbH

Er ist Simulationsforscher, Hochschullehrer und Unternehmer. Als Koordinator für das Centre for Computational Complex Systems an der TU Wien und auch als Vorsitzender von DEXHEL-PP und dem COMET K-Projekt entwickelt er

Modelle als Basis von Entscheidungen in den Bereichen Logistik, Energie oder Infrastruktur. Seit der Corona-Pandemie ist er Mitglied des Beraterstabs der Regierung.



Prof.ⁱⁿ Juliane Reinecke, PhD

Professor of International Management & Sustainability,
King's College London

Sie ist Professor of International Management & Sustainability, am King's College in London. Zuvor war sie an der Warwick Business School bzw. an der Cambridge Judge Business School.

Ihre Forschung stützt sich auf Erkenntnisse aus der Organisationstheorie, der politischen Philosophie und der Prozessforschung, mit besonderem Schwerpunkt auf Forschung und Impact.

Die (Un-) Erhörten

Treiber oder Getriebene?

Die Wissenschaft im Ringen um eine nachhaltige Gesellschaft

Die Rolle der Wissenschaft im Kontext der Nachhaltigkeit ist keine einfache. Sie liefert zwar die notwendige Evidenz, stößt damit aber bei Bevölkerung und Politik häufig nicht auf offene Türen. Im „VBV im Diskurs“-Gespräch wurden eine bessere Wissenschaftsvermittlung, positive Transformationsmodelle und verstärkte Bildung als Lösungen für dieses Dilemma angeregt.

Eigentlich liegen alle Fakten auf dem Tisch. Die wissenschaftliche Evidenz, dass der Klimawandel passiert, menschengemacht ist und katastrophale Auswirkungen im Hinblick auf die Bewohnbarkeit des Planeten haben könnte, ist erdrückend. „Und zwar seit 1972“, betont Nachhaltigkeitsexpertin Gabriele Faber-Wiener, „seit der Studie des Club of Rome ‚Die Grenzen des Wachstums‘.“ Und dennoch erscheinen die politischen Aktivitäten und Initiativen in diesem Kontext nicht ausreichend. „Wir haben nur mehr zehn Jahre, um beim Klima die Kurve zu kratzen“, so Faber-Wiener. Wie kann es daher sein, dass dieses Thema politisch nicht höher priorisiert wird?

„Jedes der gesellschaftlichen Subsysteme hat seinen eigenen Code.“

André Martinuzzi

Für André Martinuzzi, Leiter des Instituts für Nachhaltigkeitsmanagement an der WU Wien, liegt eine Erklärung dieses Umstands darin, dass sich bestehende gesellschaftliche Subsysteme tendenziell auseinanderentwickeln. „Jedes der gesellschaftlichen Subsysteme hat seinen eigenen Code“, erklärt Martinuzzi. Für die Wissenschaft lautet dieser „Stimmt’s oder stimmt’s nicht?“, die Medien sind nach dem Prinzip „Ist es neu oder ist nicht neu“ organisiert, die Wirtschaft fragt sich „Machen wir damit Profit oder nicht?“ und der Code der Politik ist „Macht oder nicht Macht“. Damit sind die Prioritäten festgelegt, und alles andere wird dem untergeordnet. Und wenn man die Frage stellt, was kann die Wissenschaft der Politik bieten, dann eben „in irgendeiner Form etwas, was dem Machterhalt dient.“, sagt Martinuzzi. Wenn etwas nicht in diesen Code überführt werden könne, sei es schwer, Aufmerksamkeit zu bekommen.

Das kann der ehemalige Politiker Franz Fischler durchaus bestätigen. Die Politik würde sich seiner Ansicht nach gerne der Top-Wissenschaft bedienen. Aber ehrlicherweise müsse gesagt werden, dass die Politik zuerst fragt „Welche Ergebnisse brauche ich, um diese oder jene Maßnahme begründen zu können?“, um dann Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu fördern, die in diese Richtung forschen.

Evidenz als irrelevante Kategorie in der Politik

In den vergangenen beiden Jahren der Corona-Pandemie wurde häufig argumentiert, dass die Wissenschaft nie zuvor einen derart großen Einfluss auf die Gestaltung der Politik hatte. Niki Popper war und ist einer jener Experten, der hier sehr häufig als Berater der Entscheidungsträger im Rampenlicht stand. Allerdings relativiert er die Bedeutung evidenzbasierter Fakten im Ringen um Maskenpflicht, Lockdowns oder Impfpflicht. Modelle an der Schnittstelle zur Politik werden oft instrumentalisiert, noch öfter missverstanden, so Popper. Dass wissenschaftliche Evidenz negiert werden kann, hat er in den letzten Jahren sehr häufig erlebt.

Um politische Vereinnahmung oder Missverständnisse auszuschließen, legt er daher seine Daten immer offen, auch um für die Kolleginnen und Kollegen aus der Forschung anschlussfähig zu bleiben. So können unpopuläre Entscheidungen nicht so einfach nur mit einem Verweis auf die Wissenschaft begründet werden. Denn wenn auch die Opposition über die gleichen Daten verfügt, wird schnell klar, ob eine Maßnahme tatsächlich durch Fakten untermauert oder politisch motiviert ist.

„Die Art und Weise, wie demokratische Entscheidungen zustande kommen, ist nicht immer erkenntnisbasiert.“

Franz Fischler

„Die Art und Weise, wie demokratische Entscheidungen zustande kommen, ist nicht immer erkenntnisbasiert“, sagt auch Franz Fischler. Er betont aber, dass das nicht überall so stark ausgeprägt ist wie in Österreich. „Auf EU-Ebene ist ein stärkeres wissenschaftsbasiertes Vorgehen beim Politikmachen die Regel.“ Dabei ist ihm wichtig, die geschichtliche Komponente und das kulturelle Umfeld nicht außer Acht zu lassen. „Unser Land ist nun mal eines, wo Aufklärung nur am Rande stattgefunden hat.“ Schon immer stand man diesem Gedankengut misstrauisch gegenüber, und im Gegenteil gab und

gibt es einen großen Hang, „überirdische Phänomene für Entwicklungen verantwortlich zu machen“.

Heute erscheint es häufig so, als gäbe es für jede politische Absicht eine entsprechende wissenschaftliche Untermauerung, erläutert der ehemalige EU-Kommissar. „Und für das Gegenteil ebenso.“ Das führt zu einer „permanenten Kakophonie“ der Expertinnen und Experten, die den Eindruck erweckt, dass selbst die Wissenschaft nicht weiß, was richtig und was falsch ist. Der daraus resultierende Imageverlust für die Wissenschaft ist fatal, und für Fischler gibt es eigentlich nur eine Medizin gegen diese Fehlentwicklung: eben Transparenz. Jederzeit muss klar sein, wer in wessen Auftrag arbeitet und dabei auf wessen Mittel angewiesen ist. Gleichzeitig müsse man sich fragen, ob ökonomische Zwänge der Wissenschaft dienlich sind.

Außenwirksamkeit und Wissenschaftskepsis

Juliane Reinecke beobachtet, dass der universitäre Wissenschaftsbetrieb zunehmend wirtschaftlichen Prinzipien unterworfen ist, vor allem im angloamerikanischen Raum. Sie ist Professorin in International Management and Sustainability am King's College in London und meint: „Im Zuge der Neoliberalisierung gibt es verstärkt die Meinung, dass die Wissenschaft eine Kapitalrendite (return on investment) auf die knappen öffentlichen Mittel liefern soll und sie wird verstärkt daran gemessen.“ Für sie ist der vernünftige Mitteleinsatz eine wichtige gesellschaftliche und politische Aufgabe, gleichzeitig mahnt sie zur Vorsicht, wenn man wissenschaftliche Erkenntnisse auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten misst. Ausschließlich privatwirtschaftlich finanzierte Forschung ist deswegen keineswegs zielführend. Sie würde zu großen weißen Feldern in der Forschungslandschaft führen, weil das ökonomische Interesse für manche Bereiche nicht groß genug wäre.

„Im Zuge der Neoliberalisierung gibt es verstärkt die Meinung, dass die Wissenschaft eine Kapitalrendite liefern soll.“

Juliane Reinecke

Das angloamerikanische Universitätssystem, so Juliane Reinecke, würde sich grundsätzlich dadurch unterscheiden, dass man sich viel mehr am Publikum orientiert, und die Studierenden verlangen einen messbaren Nutzen ihres Studiums.



Wer oder was steckt hinter dem „Weltklimarat“?

Die Kakophonie vieler und widersprüchlicher Ansichten ist eine Gefahr für die Reputation der Wissenschaft. Das war in Zeiten der Corona-Pandemie sehr eindrücklich zu beobachten. Wenn unter medialem Druck noch nicht abgesicherte Thesen nach außen getragen werden, diesen im nächsten Moment widersprochen wird und innerhalb von Stunden eine gegenteilige Theorie auftaucht, dann entsteht bei der Bevölkerung das Gefühl, selbst die Wissenschaft habe keine Ahnung.

Ein gutes Beispiel, wie man mit unterschiedlichen Belegen umgeht, ist der IPCC, der sogenannte Weltklimarat bzw. Intergovernmental Panel on Climate Change. Im IPCC findet zunächst ein interner Diskurs der Expertinnen und Experten statt. Somit kann eine gemeinsame Position gefunden werden, und die Haltbarkeit von Hypothesen ist gewährleistet.

1988 durch die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gegründet, versteht sich der IPCC als internationales wissenschaftliches Gremium. Sein Hauptsitz befindet sich in Genf. Ziel ist es, den aktuellen Wissensstand rund um das Thema Klimawandel zusammenzufassen und einzuordnen. Es geht nicht um Problemlösungen oder Entscheidungen, sondern um die reine Information zu den neuesten Erkenntnissen aus Wissenschaft, Technik und Sozioökonomie.



Aufgezeigt werden sollen die möglichen Auswirkungen und zukünftigen Risiken des Klimawandels. Die Institution ist unabhängig und führt selbst keine wissenschaftliche Forschung durch. Die Mitwirkenden tragen die Informationen aus den verschiedenen Feldern zusammen, welche dann unregelmäßig in Form von Sachbestands-, Sonder-, Methodik- und Technischen Berichten veröffentlicht werden. Die Publikationen sollen als Leitfaden für die Politik dienen, damit diese auf deren Grundlage gezielte Entscheidungen und Handlungsanweisungen eruieren kann.

Die behandelten Themenfelder kann man in folgende Bereiche gliedern: Klimaänderungen, Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und Maßnahmen zur Anpassung an vorausgesagte Klimaänderungen.

Die Berichte des IPCC werden von drei Arbeitsgruppen, welche sich mit verschiedenen thematischen Aspekten beschäftigen, erstellt. Die erste Arbeitsgruppe sammelt Informationen zu den naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels, die zweite befasst sich mit den Auswirkungen und den Möglichkeiten der Anpassung und die Nummer drei ist für die Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels zuständig.

Finanziert wird diese Arbeit unter anderem durch den IPCC-Treuhandfonds und freiwillige Beiträge der knapp 200 Mitgliedsstaaten.

Hierzulande ist die Wissenschaft, sind die Forscherinnen und Forscher stärker selbstreferenziell. Der Impact, also die Wirkung, der eigenen Arbeit tritt dabei zu häufig zugunsten von Erwähnungen im Publikationsindex zurück. Von außen betrachtet entsteht der Eindruck, es mit einem geschlossenen System zu tun zu haben – mit dem sprichwörtlichen „Elfenbeinturm“. Dieser steht zugleich für die Frage nach der Rolle der Wissenschaft innerhalb einer Gesellschaft. Geht es Forscherinnen und Forschern lediglich darum, „Welches 'peer-reviewed-journal' nimmt meinen Text an?“, wie Klimatologin Helga Kromp-Kolb es formuliert, oder soll die akademische Arbeit „echten“ Nutzen stiften und Veränderungen ermöglichen?

Kromp-Kolb ist überzeugt davon, dass man die eigene Arbeit und den Wert des Forschens an sich den Menschen näherbringen muss. Insofern müsse die Wissenschaft also noch „an sich arbeiten“. Schwierig in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass man dabei vor allem in Österreich einer Gesellschaft gegenübersteht, in der es ein hohes Maß an Wissenschaftsskepsis und zum Teil sogar Wissenschaftsfeindlichkeit gibt.

Wissenschaftsminister Martin Polaschek ließ zuletzt mit der Bemerkung aufhören, dass im internationalen Vergleich in Österreich das Interesse an Wissenschaft so niedrig sei, dass „einem das zu denken geben muss“. Laut einer Eurobarometer-Umfrage stellt die Alpenrepublik in diesem Kontext fast das europäische Schlusslicht dar, nur Kroatien kommt auf einen noch niedrigeren Wert. Fast die Hälfte der Befragten gibt an, dass Wissenschaft für ihr Leben keine Rolle spielt, und ein Drittel ist davon überzeugt, dass Forscherinnen und Forscher nicht ehrlich sind.

Für André Martinuzzi ist das Teil eines allgemeinen und umfassenden Vertrauensverlustes nicht nur in die Wissenschaft, sondern in Institutionen ganz generell. „Die antiwissenschaftlichen Aussagen rund um die Corona-Debatte sind in meinen Augen ein Ausdruck von tiefem Misstrauen in Eliten und etablierte Systeme, weil diese als „weit weg“ empfunden werden. Wir laufen bei Klimaschutz und Nachhaltigkeit Gefahr, aus denselben Gründen abgelehnt zu werden, wie die Impfung oder das Maskentragen.“

Fakes statt Fakten

Im Kontext der Nachhaltigkeit oder des Kampfes gegen den Klimawandel wird die individuelle Verantwortung permanent über schlechtes Gewissen angesprochen. Für Juliane Reinecke besteht hier eine Bringschuld der Wissenschaft, indem sie für die bevorstehende Transformation positive Modelle aufzeigen müsste. Solche, die niemanden zurücklassen und einen sozial gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft gewährleisten.

Das gelingt der Wissenschaft allerdings nur sehr bedingt. Eher ist es so, dass die Aussagen, Schlussfolgerungen und Argumentationen häufig recht unverständlich sind. Franz Fischler stellt fest, dass generell zu wenig in die Vermittlung, in die pädagogische Präsentation der akademischen Erkenntnisse investiert werde. Er verweist dabei auf die Arbeit des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), das regelmäßig Berichte zum Klimawandel publiziert, und sparte dabei nicht mit Kritik: Deren Papers seien für den „Durchschnittsbürger nicht lesbar“. „Ich glaube“, sagte Fischler, „wir investieren zu wenig in die Art der Sprache, die wir verwenden.“

„Wenn die Menschen der Wissenschaft vertrauen sollen, müssen sie diese verstehen können.“

Andreas Zakostelsky

Die allgemeine Verständlichkeit von Wissenschaft ist ein zentraler Punkt. „Denn wenn die Menschen der Wissenschaft vertrauen sollen, müssen sie diese verstehen können“, betonte der Generaldirektor der VBV-Gruppe, Andreas Zakostelsky. Die sachliche Analyse, ohne sich zu kümmern, wie sie dargestellt und verstanden wird und in welchem Kontext sie steht, sei zu wenig.

Die dahinterliegende Gefahr ist die Abkehr von der gesicherten Erkenntnis hin zu kruden Erzählungen von der Qualität einer QAnon-Bewegung oder der Flacherde-Theorie. Diese teils aberwitzigen und sich häufig selbst widersprechenden Verschwörungstheorien finden massenweise Zulauf, während der Ruf der Wissenschaft stetig schlechter wird, wie Niki Popper betont: „Derzeit verlieren wir die Menschen an die Fake News.“

„Derzeit verlieren wir die Menschen an die Fake News.“

Niki Popper

Diese Form der „Gegen-Aufklärung“ ist eine große Gefahr für die Demokratie. Denn auch diese wird als Teil des „Systems“ punziert und somit vom für Fake News empfänglichen Teil der Bevölkerung abgelehnt. Franz Fischler geht noch einen Schritt weiter und gibt der Politik eine Mitschuld an dieser Entwicklung, weil eben demokratische Entscheidungen oft nicht erkenntnisbasiert getroffen würden. Dadurch wird das politische System unterminiert. Wenn Fakes statt Facts eingesetzt werden, „müssen wir uns um unsere Demokratie sorgen“, meint Fischler. „Das Thema Populismus sollte uns viel mehr beschäftigen.“

Eine neue Aufklärung tut not

Die Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnis ist daher gefährlich, so Niki Popper, weil wir bei den großen Zukunftsherausforderungen Klima, Gesundheit und etwa auch Mobilität eine „aufgeklärte Bevölkerung brauchen“. Und es gehe darum, den Menschen zu erklären, dass man mit Hilfe der Wissenschaft nur Szenarien angeben könne, denn „die Zukunft ist noch nicht festgelegt“, sagt der Simulationsforscher. Er wurde für seine Forschungsleistungen von der Tageszeitung „Die Presse“ als „Österreicher des Jahres 2021“ ausgezeichnet.

Die Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb ist überzeugt, dass noch viel mehr in Bildung investiert werden müsse, um der Wissenschaftsfeindlichkeit Einhalt zu gebieten. Ihre Hoffnung sind die Kinder. Diese seien die viel kritischeren Fragensteller. Denn heute sei es wichtiger denn je, Fragen zu stellen und kritisch reflektieren zu können. Nur dann könne man erkennen: Was ist Fake? Was ist real?

Es geht zweifelsohne auch darum, als Forscherin und Forscher den Kontakt, das Gespräch zu suchen – nicht nur in Vermittlungsfragen der Klimawissenschaft. Im Englischen gibt es dazu den Ausdruck „preaching to the converted“, was man frei übersetzen könnte mit: „Denjenigen predigen, die eh schon überzeugt sind“. Aber, so Kromp-Kolb, man müsse das Gespräch doch gerade mit jenen suchen, die nicht der eigenen Meinung sind. Generell gehe es um weniger Ideologie. Man müsse vielmehr einander zuhören und aufeinander zugehen. Eine Diskursqualität, die in den letzten Jahren irgendwo verloren gegangen zu sein scheint.

Die Covid-Pandemie hat ganz sicherlich noch mehr Menschen für Verschwörungserzählungen und Fake News empfänglich gemacht. Und das in einem Moment, wo aus Sicht der Nachhaltigkeit die Zeit drängt, eigentlich alle Fakten auf dem Tisch liegen und dennoch kein Durchbruch gelungen sei, wie Gabriele Faber-Wiener moniert.

„ Wir übersehen manchmal, wie viel von den wissenschaftlichen Erkenntnissen schon in den Alltag geflossen sind. “

Helga Kromp-Kolb

Helga Kromp-Kolb ist da allerdings nicht ganz so pessimistisch: „Wir übersehen manchmal, wie viel von den wissenschaftlichen Erkenntnissen schon in den Alltag eingeflossen sind“, meint Österreichs bekannteste Klimaexpertin und sie verwendet ein Bild, das jeder Bergsteiger kennt: Wenn man immer nur auf den Gipfel sieht, ist man rasch enttäuscht. Blickt man aber um sich, erkennt man, wie viele Höhenmeter schon erfolgreich zurückgelegt wurden. Damit das letzte Stück zum Gipfel aber auch noch genommen werden kann, muss mehr in Bildung investiert werden. Gebildete Bürgerinnen und Bürger sind das Fundament einer Demokratie. Das gilt für all die großen und komplexen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht. Für echte Lösungen braucht es eine aufgeklärte Bevölkerung.

Am Ende ist es aber schon auch die Aufgabe der Wissenschaft, den bereits erwähnten Elfenbeinturm zu verlassen, sich dem öffentlichen Diskurs zu stellen und durch die Kommunikation von Fakten einer neuen Aufklärung den Weg zu bereiten. Dabei muss auf Verständlichkeit ebenso geachtet werden wie auf die Darstellung positiver Transformationsmodelle. Die ausschließliche Kommunikation notwendiger Einschränkungen führt lediglich zu Abwehrhaltungen. Denn, wie Andreas Zakostelsky sagt: „Bierernst und Bedrohlichkeit sind häufig keine guten Ratgeber, und es empfiehlt sich, ab und an eine Note Humor mitschwingen zu lassen, um die Menschen besser zu erreichen.“ ■

VOR- Denken

Nachhaltige Ansätze für morgen

Der neue Nachhaltigkeits-Podcast der VBV



#01 | Green Finance – verändert eine nachhaltige Finanzbranche die ganze Welt?



Mag. Andreas Zakostelsky

Generaldirektor VBV-Gruppe,
Vorstandsvorsitzender VBV-Vorsorgekasse



Prof.ⁱⁿ (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA

Center for Responsible Management

Nachhaltigkeits-Expertin Gabriele Faber-Wiener und der Generaldirektor der VBV-Gruppe Andreas Zakostelsky – zwei bekannte Nachhaltigkeits-Vordenker – im Gespräch über die Kraft von Green Finance. Eine kritische Momentaufnahme.

Staffel 1: Green Finance und der nachhaltige Umbau der Welt(-Wirtschaft)

#02 | Grünes Geld rettet die Welt



Prof. Dr. Christian Klein ist einer der gefragtesten Referenten zum Thema Sustainable Finance. Er ist Professor für Sustainable Finance an der Universität Kassel und im ganzen deutschsprachigen Raum einer der Vorreiter auf dem Themengebiet „Nachhaltige Finanzwirtschaft“.

Dr. Christian Klein

Professor für Sustainable Finance an der Universität Kassel

#03 | Im Auftrag für mehr Financial Literacy



Heidrun Kopp ist Gründerin und Geschäftsführerin des Instituts für nachhaltiges Finanzwesen – kurz INAFINA. Das Institut hat den Anspruch, einen aktiven Beitrag zur Verbesserung der Finanzbildung generell und speziell der Green Finance Literacy zu leisten.

Dr. Heidrun Kopp, MBA MA

GFin, INAFINA

#04 | Nachhaltige Veranlagung und Krieg in Europa



Günther Schiendl zählt zu den heimischen Top-Managern in der Betrieblichen Altersvorsorge. Er veranlagt mit seinem Team jährlich mehr als 8 Milliarden Euro an Sozialkapital für betriebliche Zusatzpensionen.

Mag. Günther Schiendl

Vorstand VBV-Pensionskasse (Bereich Veranlagung)

#05 | Der weichgespülte Man on the Moon-Moment?



Kohle in Deutschland, Atomkraft in Frankreich, amerikanisches Fracking-Öl für Europa. Fällt der Green Deal der aktuellen Versorgungskrise durch den Stellvertreter-Krieg mit Russland zum Opfer? Prof. Steininger ist Klimaforscher am Wegener Center in Graz. Er erklärt, warum es gerade jetzt große Ideen braucht.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Steininger

Professor für Klima-Ökonomie, Wegener Center für Klima und Globalen Wandel, Universität Graz



#06 | BlackRock – Ein Finanzriese stimmt für Nachhaltigkeit



Blackrock macht, mit CEO Larry Fink an der Spitze, Ernst beim Klimaschutz und nimmt Ökosünder ins Visier. Allein im letzten Jahr stimmte der Investor über 300 Mal bei Hauptversammlungen gegen eine Entlastung des Managements, wenn dieses Klimarisiken ignorierte.

Sophie Thurner, Bsc, ANutr

Vice President, EII EMEA Sustainable Indexing, BlackRock

#07 | Grüne Netzwerke – Unternehmen als Katalysator einer grünen Wirtschaft



Unternehmen als aktivistische Zielgruppe und Watchdog der heimischen Politik. Welche Instrumente hier ins Feld gezogen werden und warum der WWF ganz genau hinsieht, wenn Gas und Atomkraft nun als grüne Energien deklariert werden sollen, erklärt uns Erika Singer, Expertin für Green Finance beim WWF Austria.

Mag.ª Erika Singer

Expertin für Green Finance, WWF Austria

Herausgeber

KR Mag. Andreas Zakostelsky

VBV-Gruppe

Andreas Zakostelsky ist Vorstandsvorsitzender der VBV-Vorsorgekasse und Generaldirektor der VBV-Gruppe. Er ist zudem seit vielen Jahren in der Wirtschaftskammer engagiert, seit 2010 Obmann des Fachverbandes der Pensionskassen. Seit 2019 ist er Bundesvorsitzender des Wirtschaftsforums der Führungskräfte. Davor war er einige Jahre Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat. Mit Umweltschutz hat er sich schon im Rahmen seiner Diplomarbeit befasst. Er kennt daher sowohl die Sichtweise der Wirtschaft als auch die der Politik und der Ökologie.

Co-Herausgeberin

Prof.ⁱⁿ (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA

Center for Responsible Management

Gabriele Faber-Wiener ist Leiterin des „Center for Responsible Management“ und eine der führenden CSR- und Kommunikationsexpertinnen im deutschsprachigen Raum. Sie verfügt über Studienabschlüsse in Business-Ethik und Responsible Management sowie Public Relations. Sie ist Universitätsdozentin und Vortragende an zahlreichen Universitäten und Studiengängen sowie Buchautorin zu den Themen Responsible Management und Responsible Communication. Die ehemalige Kommunikationschefin von Ärzten ohne Grenzen ist zudem seit über 10 Jahren Mitglied des österreichischen PR-Ethik-Rats und Juryvorsitzende des TRIGOS, Österreichs höchster Auszeichnung für CSR und Nachhaltigkeit.

Impressum

Eigentümer und Verleger

VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG
VBV - Vorsorgekasse AG
Obere Donaustraße 49-53, 1020 Wien
Tel.: +43 (0)1 / 240 10-0
E-Mail: office@vbv.at
Website: www.vbv.at
Firmenbuchnummer: 279897 p,
Handelsgericht Wien

Herausgeber

KR Mag. Andreas Zakostelsky
VBV-Gruppe

Co-Herausgeberin

Prof.ⁱⁿ (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA,
Center for Responsible Management

Leitung Gesamtprojekt

Mag. Rudolf Greinix, MBA
Leitung Marketing & Öffentlichkeitsarbeit –
VBV-Gruppe

Mag. Peter Eitzenberger
Leitung Kundenkommunikation –
VBV-Vorsorgekasse
CSR-Beauftragter – VBV-Gruppe

Redaktionelle Gestaltung der Berichte

Mag. Rita Starkl, MSc
RIM Management KG
Ariane Baron, BA, VBV-Gruppe

Produktion

Gestaltung, Satz, PPM
Silvia Binder, VBV-Gruppe

Druck

Druckerei Bösmüller
Print Management GesmbH & Co. KG
Josef-Sandhofer-Straße 3
2000 Stockerau
Tel.: 02266/681 80
office@boesmueller.at
www.boesmueller.at

Papier

Nautilus Superwhite 250g/120g
FSC Recycled



Die Produktion dieses
Berichtes ist CO₂-neutral.

Grafiken

Waage: stock.adobe.com
stockphoto.com
Silvia Binder

Fotos

Mag. Markus Breitenecker
© Bernhard Eder

Prof.ⁱⁿ (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA
© mAJasPHotOgraPhY

Dr. Franz Fischler
© Andrei Pungovschi

FH-Hon. Prof. Mag. Rudolf Greinix
© Marianne Weiss

Mag. Gerald Grünberger
© VÖZ/Franz Helmreich Fotografie

Em.O.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. Helga Kromp-Kolb
© Greenpeace/Mitja Kobal

Mag.^a Anita Malli
© orf.at

Prof. Dr. André Martinuzzi
© wu.ac.at

Univ.-Prof. Dr. Michael Meyer
© Regine Hendrich

Wolfgang Pekny
© Wolfgang Pekny

Dr. Nikolas Popper
© Stefan Knittel

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Marlis Prinzing
© Martin Jepp

Prof.ⁱⁿ Juliane Reinecke
© kcl.ac.uk

Roswitha Reisinger, MBA
© Michael Zabel

Lena Schilling
© Lena Schilling / Twitter

Mag.(FH) Klaus Schwertner
© Johannes Hloch

Ingrid Thurnher, MBA
© ORF

Mag. Andreas Zakostelsky
© VBV/Richard Tanzer

Foto Werbung

© gettyimages

Ihre Vorsorge im grünen Bereich.



Die VBV hat die Nachhaltigkeit in ihrer DNA und lebt diese seit rund 20 Jahren. Die gesamte Gruppe hat sich bewusst so positioniert, dass eine gesunde Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung hergestellt wird. Deshalb haben wir uns das Ziel gesetzt, unsere Portfolios am Pariser Klimaziel auszurichten.
<https://www.vbv.at/ihre-vorsorge-im-gruenen-bereich/>

**VBV**



www.vbv.at | www.vorsorgekasse.at